

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Er scheint

wöchentlich drei Mal und zwar
Dienstag, Donnerstag u. Sonn-
abend. Insertionspreis: die
kleinspaltige Zeile 10 Pf. Im
amtlichen Theile die gespaltene
Zeile 25 Pf.

Abonnement
viertelj. 1 M. 20 Pf. einschließl.
des „Illustr. Unterhaltungsbl.“
u. der Humor. Beilage „Seifen-
blasen“ in der Expedition, bei
unsern Boten sowie bei allen
Reichspostanstalten.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: E. Dannebohn in Eibenstock.

45. Jahrgang.

Nr 80.

Sonnabend, den 9. Juli

1898.

Anmeldung

zum Anschluß an die Stadt-Fernsprecheinrichtung.

Neue Anschlüsse an die Stadt-Fernsprecheinrichtung in Eibenstock sind, wenn die Ausführung in dem am 1. September beginnenden zweiten Bauabschnitt des Rechnungsjahres 1898 gewünscht wird, **spätestens bis zum 1. August** bei dem kaiserlichen Postamt in Eibenstock anzumelden.

Später eingehende Anmeldungen können erst in dem nächstfolgenden, am 1. April 1899 beginnenden Bauabschnitt berücksichtigt werden.

Einer Erneuerung der bereits vorgemerkten Anmeldungen bedarf es nicht.

Ehemnitz, 4. Juli 1898.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.
Geister.

Am 10. und 11. Juli dieses Jahres findet im hiesigen Orte der **16. Bezirkstag des Feuerwehr-Verbandes** der königlichen Amtshauptmannschaft Schwarzberg statt. Um die an diesen Tagen nach hier kommenden fremden Wehren und Gäste in würdiger Weise zu empfangen und ihnen den Aufenthalt in unserem Orte möglichst angenehm zu gestalten, bitten wir hierdurch die hiesige Einwohnerschaft, durch Schmücken der Häuser mit Flaggen, Guirlanden, Kränzen zc. zur Verschönerung des Festes mit beizutragen.

Gleichzeitig machen wir darauf aufmerksam, daß Reizig zum Schmücken bei Herrn Schlosser Männel jr., im Restaurant zum „Gambrius“ und im Restaurant „Paradies“ **unentgeltlich** entnommen werden kann.

Schönheide, am 5. Juli 1898.

Der Gemeinderath.

In Vertretung:

Leifner, Gemeinde-Ältester.

Gr.

Spaniens Lage.

In Spanien herrscht gewaltige Erregung; selbst die offiziellen Drahtmeldungen geben dies jetzt zu. Die Vernichtung des Geschwaders vor Santiago hat um so größere Bestürzung hervorgerufen, als die von der Regierung anfänglich verbreiteten optimistischen Nachrichten die Hoffnung erregten, daß es Cervera doch noch gelungen sei, nach einem weislich von Santiago belegenen Hafen zu entkommen. Der den Spaniern eigene Nationalstolz macht es wahrscheinlich, daß Ministerpräsident Sagasta aus der Seele eines überwiegenden Theiles des spanischen Volkes gesprochen hat, als er auf die Frage, ob er nach dem neuen furchtbaren Schlage zu Friedensunterhandlungen geneigt sei, mit einem bestimmten „Niemals“ antwortete. In seinem Munde ist dieses „Niemals“ nicht mehr der Ausdruck der Zuversicht, daß die Fortsetzung des Kampfes doch noch eine Wendung zum Besseren herbeiführen könne; es entpang dem Bewußtsein, daß nicht nur er selbst für alle Zukunft ein politisch toter Mann wäre, wenn er sich diesem Schlage beugen würde, sondern daß auch die liberale Partei für absehbare Zeit zu völliger Nichtigkeit verurtheilt wäre. An Friedens-Rundgebungen hat es in Spanien selbst nicht gefehlt; sie stammten aber überwiegend aus den Kreisen der industriellen Unternehmer und Arbeiter, die die Nachteile des Kriegszustandes unmittelbar zu spüren haben. In anderen Schichten der Bevölkerung hat der nationale Stolz bisher noch immer die Erwägungen der nüchternen Vernunft, daß Spanien von der Fortsetzung des Krieges nichts zu gewinnen habe, zum Schweigen gebracht.

Mit um so größerer Deftigkeit richtet sich der Unwille gegen die derzeitigen Machthaber. Man macht ihnen auf der einen Seite verhängnisvolle Mißgriffe, auf der anderen Seite folgen schwere Unthätigkeit zum Vorwurf. Wie weit diese Anklagen begründet sind, läßt sich heute noch nicht mit genügender Sicherheit übersehen. Daß die Kriegsführung mehrfach vollkommen verfehlte Anordnungen getroffen hat, ist allerdings nicht zu bestreiten. Durchaus irrig und ungerecht aber wäre es, wenn man das gegenwärtige oder das vorige Kabinett Sagasta allein oder vorzugsweise für das Unglück verantwortlich machen sollte, welches über Spanien hereingebrochen ist. Spanien erntet jetzt, was Generationen gesät haben. Die zur Gewohnheit gewordene Mißwirtschaft auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens ließ den Gedanken an eine durchgreifende Umgestaltung der verrotteten Zustände überhaupt nicht aufkommen. Wenn bestimmten Personen oder Kabinetten ein erhöhtes Maß von Verantwortlichkeit zuzuschreiben ist, so sind es sämtliche Staatsmänner, welche seit drei Jahren die Geschicke des Landes zu leiten hatten. Bei einiger Voraussicht mußten sie sich schon vor Jahren auf den Konflikt mit den Vereinigten Staaten gefaßt machen. Die Drohung Clevelands, daß bei der Fortdauer der traurigen Zustände auf Cuba an die Nothwendigkeit herantreten werde, thätig einzugreifen, war ein deutliches Zeichen für die stetig an Kraft gewinnende Strömung zu Gunsten einer aktiven Interventionspolitik. Diese Worte wegen um so schwerer, als sie aus dem Munde eines kriegerischen Unternehmungen u. Ausdehnungsgelüsten so wenig geneigten Präsidenten kamen. Die seit dem Winter 1895/96 immer wiederkehrenden Erörterungen des Kongresses über die Cuba-Frage waren ein weiteres ernstes Sturmzeichen. Ihrer hohen Pflicht und Verantwortung bewußte Regierungen hätten nicht geäußert, das Land in den Stand zu setzen, den drohenden Gefahren wohl vorbereitet entgegenzugehen. Statt dessen hat der Verlauf des Krieges gezeigt, daß Spaniens Rüstungen in jeder Hinsicht unzulänglich gewesen sind. Die persönliche Tapferkeit, welche die spanische Nation von Alters her auszeichnet, hat auch dieses Mal nichts versagt. Moderne Kriege können aber damit allein nicht ausgefochten werden. Die Kriegsmittel, die bei gleichwertigen moralischen Eigenschaften der Gegner heute den Ausschlag geben, waren theils unzureichend, theils überhaupt nicht kriegsmäßig im Stande. Die Flotte, welche bei der Lage Spaniens und seiner Kolonien das wichtigste Kriegs-Instrument bilden mußte, brauchte außerordentlich lange Zeit, um kessler gemacht zu werden, und mußte dann erst durch besondere Mäandere auf ihre Seetüchtigkeit hin geprüft werden. Daß die Leistungsfähigkeit der Flotte überdies wegen des Mangels an Schlachtschiffen ihrer Aufgabe in keiner Weise gewachsen war, haben die Ereignisse der letzten Monate nur zu deutlich gezeigt. Nach den bisherigen Erfahrungen zwei-

feld wir sehr an der Vertheidigungsfähigkeit der spanischen Festungen, da für diese wohl kaum mehr geschehen ist, als für die in erster Linie in Betracht kommenden Kriegsmittel. Der Einwand, daß Spanien das Geld gefehlt habe, welches zur Ausfüllung der Lücken der Wehrmacht erforderlich gewesen wäre, ist nicht durchschlagend, da Spanien bei erstem Willen für diese Zwecke die notwendigen Geldmittel mindestens ebenso leicht hätte beschaffen können, wie jetzt zur Befreiung der Kriegskosten. Das Schicksal Spaniens enthält die Lehre, wie jeder Staat bei Zeiten die Opfer bringen muß, die zur Erhaltung seiner Wehrkraft auf der erforderlichen Höhe nothwendig sind, da die modernen Kriegsmittel in dem Augenblick, in dem sie gebraucht werden, nicht erst beschafft werden können.

Tagesgeschichte.

— Deutschland. Mit dem Verhältniß des Reichskanzlers zum Kaiser, der den greisen Fürsten als Verwandten betrachten und deshalb gewissen kanzlerfeindlichen Einflüssen vollständig unzugänglich sein soll, beschäftigt sich eine ansehnliche inspierte Zuchrift, die in einem Theil der großen Provinzpresse auftaucht. Es heißt dort u. A.: „Natürlich ist nicht gesagt, daß nicht unvorhergesehene Zwischenfälle eintreten könnten, die das Bild plötzlich zu ändern und den Rücktritt des Fürsten Hohenlohe herbeizuführen vermöchten. Im vorigen Jahre befaßten wir uns thätig mit der Reform der Militär-Strafprozessordnung entstandenen Schwierigkeiten in einer ersten Kanzlerkrisis. Aber es handelte sich damals um bedeutungsvolle sachliche Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Kaiser und dem Reichskanzler. Man kann, ohne von den kommenden Ereignissen eine Widerlegung fürchten zu müssen, mit aller Bestimmtheit behaupten, daß auch in Zukunft nur sachliche Gründe gewichtiger Art den Kaiser veranlassen könnten, sich von seinem jetzigen ersten Rathgeber zu trennen.“

— Die demnächst vom preussischen Finanzminister zu berufende Konferenz der Oberbürgermeister wird sich eingehend mit der Frage der Steuerentlastung des Kleingewerbes beschäftigen. Ferner soll erörtert werden, ob die Umgestaltung der Gewerbesteuer auf progressiver Grundlage genügt, oder ob es zweckmäßiger ist, die von vielen Seiten empfohlene Umsatzsteuer einzuführen.

— Hamburg, 6. Juli. Hier scheint jetzt ernstlich gegen die Sozialdemokratie gerüstet werden zu sollen. Von den verschiedensten Seiten werden Vorschläge zur Reformirung des Reichstagswahlvereins gemacht und andere Schritte zur Beschaffung der erforderlichen Geldmittel eingeleitet. — Von dem Arbeitgeber-Verband Hamburg-Altona ist aus Anlaß des letzten Bäderstreikes, der für die Gesellen nutzlos verlaufen ist, ein Aufruf zur Schaffung eines Streikabwehr-Fonds erlassen, um das Handwerk zu schützen und dem weiteren Umsichgreifen der sozialdemokratischen Hochfluth entgegenzutreten. Es wird in dem Aufruf darauf verwiesen, daß jetzt wiederum von dem Gewerkschaftsartell, nachdem der Bäderstreik im Sande verlaufen, der Boykott proklamirt worden ist und somit dem Kampf unvertennbar der Stempel der Nachfrage aufgedrückt worden ist. Ein Eingehen auf die Bedingungen des Gewerkschaftsvereins würde einer Unterwerfung unter alle Nachsprüche der Sozialdemokratie gleichkommen; es sei daher ein Gebot der Selbsterhaltung, wenn alle bürgerlichen Parteien energisch den Kampf gegen die Sozialdemokratie aufnehmen. Einen besonderen Werth gewinnt dieser Aufruf des Arbeitgeber-Verbandes deswegen, weil 56 Chefs unserer ersten Kaufmannsfirmen ihn mit dem Hinweis unterstützen, daß der über eine Anzahl hiesiger Bädermeister von den Führern der Sozialdemokratie verhängte Boykott sich nicht allein gegen das Bädergewerbe richte, sondern nur ein Glied in der Kette derjenigen Maßnahmen bilde, deren sich die Sozialdemokraten im Kampfe mit den bürgerlichen Parteien und insbesondere zur Vernichtung des kleinen und mittleren Gewerbes bedienen. Zur Mitwirkung bei der Verwaltung soll die Handelskammer die Ernennung einer eigenen Kommission zugesagt haben.

— Oesterreich-Ungarn. Der vom niederösterreichischen Landtag beschlossene Gesetzentwurf, wonach an allen öffentlichen Volksschulen und Bürgerschulen Niederösterreichs die Unterrichtssprache ausschließlich die deutsche sein soll, hat „Narodni Listy“ zufolge nicht die kaiserliche Sanction erhalten. Das „Neue Wiener Tagbl.“ bemerkt hierzu, daß es aus deutscher Seite ernste Bemühungen

erregen müsse, wenn ein einstimmig gefaßter Beschluß der Vertretung des Stammlandes der Monarchie, der sich als eine nationale und unter den gegenwärtigen Verhältnissen geradezu unerlässliche Schutzmaßregel darstelle, einfach zurückgewiesen wird.

— Pest, 7. Juli. Die „Pester Lloyd“ und „Budapesti Hirlap“ mittheilen, benachrichtigte im Januar d. J. eine hier wohnende Blumenhändlerin die Polizei, daß wie ein bei ihr dienender Gärtner verrathen, drei Arbeiter einen Anschlag gegen den König Franz Josef planten. Auf der Polizei, wohin man die Arbeiter führte, leugneten dieselben hartnäckig. Der Gärtner beharrte jedoch bei seiner Angabe, daß ein Attentat im Dezember geplant gewesen sei. Gestern nun ist laut Gerichtsbeschluss gegen alle drei Arbeiter Anklage erhoben worden. — Dem „Ungarischen Korrespondenzbureau“ zufolge geht aus den Einzelheiten des gegen den Kaiser Franz Josef geplanten Komplottes hervor, daß dasselbe nicht erst zu nehmen ist, und kaum jemals ausgeführt werden konnte. Zwei der Angeklagten gestanden, daß eine Dynamitbombe an eine Stelle hingelegt werden sollte, wo der Kaiser niemals vorbeikommt. Die aufs strengste geführte Untersuchung hat nichts Verdächtiges ergeben.

— Frankreich. Ueber ein entsetzliches Schiffsunglück, daß sich Montag früh bei dichtem Nebel 60 Meilen südlich von Sable Island ereignete, liegen folgende telegraphische Meldungen vor: Halifax (New-Schottland). Der Dampfer der Allan-Linie „Grecian“ traf gestern mit der englischen Bark „Cromartyshire“ im Schlepptau hier ein. Der „Cromartyshire“ war am 4. d. M. früh bei dichtem Nebel 60 Meilen südlich von Sable Island mit dem Dampfer der französischen „Compagnie transatlantique“ „La Bourgogne“, der von New-York nach Havre mit 800 Passagieren an Bord unterwegs war, zusammengestoßen. Die „Bourgogne“ sank fast unmittelbar nach dem Zusammenstoß. Der gesunkene Dampfer hatte 191 Passagiere erster Kajüte, darunter 72 Frauen, 125 zweiter Kajüte, 295 Zwischendeckspassagiere und 220 Mann Besatzung an Bord, von denen nach einer der „Compagnie transatlantique“ zugegangenen Depesche 104 Mann der Besatzung und 61 Passagiere gerettet worden sind. Nach den Eintragungen des Kapitän im Logbuch des „Cromartyshire“, eines Schiffes von 1554 Tons Gehalt, das sich mit einer Kreiselladung auf der Reise von Dünkirchen nach Philadelphia befand, hatte dieser eine Fahrt von vier Meilen in der Stunde und ließ jede Minute das Nebelhörn ertönen, als plötzlich ein Dampfer im Nebel auftauchte, in den „Cromartyshire“ hineinfuhr, die Baden vollständig durchschnitt und die Haupttastelage herunterriß, so daß das Schiff nur auf dem Wasser trieb. Inzwischen war die „Bourgogne“ im Nebel verschwunden. Als um 1/6 Uhr früh der Nebel sich lichtetete, sah die Mannschaft des „Cromartyshire“ Boote der „Bourgogne“ und die Ueberlebenden auf Theilen des Wracks und auf Fischen. Der „Cromartyshire“ lag den ganzen Tag still und nahm die Ueberlebenden an Bord. Die „Bourgogne“ sank binnen 10 Minuten. Es heißt, sie habe 18 Knoten in der Stunde gelaufen. Um 8 Uhr wurden Kanonenschüsse gehört und, etwa drei englische Meilen entfernt, Nothsignale gesehen. Der Dampfer „Grecian“ machte sich bereits auf den Weg, Hilfe zu leisten; da hörten die Signale auf; von dem Schiffe, von welchem sie ausgegangen sein mußten, wurde nichts gesehen. Man nimmt an, daß es gesunken sei, und neigt zu dem Glauben, daß bei dem Zusammenstoß noch ein drittes Schiff betheiligt war. Nach der Aussage der geretteten Reisenden von der „Bourgogne“ blieben die Offiziere bis zuletzt auf ihren Posten und gingen mit dem Schiffe unter. Die Scenen beim Versinken des Schiffes sollen nach Berichten von Augenzeugen fürchterliche gewesen sein; die Männer kämpften gewaltig um die Plätze in den Booten und trieben Frauen und Kinder zurück. Aus Mittheilungen von geretteten Passagieren der „Bourgogne“ geht hervor, daß nicht allein keinerlei Versuch gemacht worden ist, Frauen und Kinder, geschweige denn irgend einen Passagier zu retten, sondern daß die Mannschaft mit fast ungläublicher Barbarei verfuhr, wohl ist der Kapitän auf seinem Posten geblieben und mit dem Schiffe untergegangen, aber die Schiffbesatzung hat sich der Rettungsboote bemächtigt u. die Passagiere mit Rudern und Bootshaken zurückgetrieben, während sich eine Anzahl von italienischen Zwischendeckspassagieren den Weg zum Boote mit dem Messer erzwang. Unter den Passagieren sind verschiedene Deutsche gewesen, von den Geretteten führt einer den deutsch klingenden Namen Otto Kaiser.

— Paris, 7. Juli. Kaiser Wilhelm sandte aus Odde